

Diclofenac wird trotz Warnung noch immer häufig an Risikopatienten verschrieben

Die Einnahme des Schmerzmittels Diclofenac kann bei Herzpatienten das Risiko für Herzinfarkte und Schlaganfälle deutlich erhöhen. Schon vor sechs Jahren gab es eine offizielle Warnung. Trotzdem erhalten zahlreiche Risikopatienten weiterhin das Schmerzmittel.

Zu diesem Ergebnis kommen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Leibniz-Instituts für Präventionsforschung und Epidemiologie – BIPS in einer [aktuellen Studie](#), die vor Kurzem im Fachblatt Journal of Internal Medicine (JIM) erschienen ist.

Bereits im Jahr 2013 warnte ein sogenannter Rote-Hand-Brief die deutsche Ärzteschaft, dass Diclofenac bei bestimmten Patientengruppen nicht mehr verschrieben werden sollte. Hierzu zählen zum Beispiel Patienten mit bestehender Herzinsuffizienz, ischämischer Herzerkrankung oder zerebrovaskulären Erkrankungen. Ein ähnliches Risikoprofil wie Diclofenac zeigte ein Präparat namens Vioxx (Wirkstoff Rofecoxib), das zu zahlreichen kardiovaskulären Todesfällen geführt hat und deshalb im Jahr 2004 vom Markt genommen wurde.

Warnung verhallt

Auf Basis von Krankenkassendaten untersuchte das BIPS-Team das Ordnungsverhalten zu Diclofenac vor und nach dem Rote-Hand-Brief aus dem Jahr 2013. Zwar zeigte sich, dass 2014 im Vergleich zu 2011 absolut gesehen deutlich weniger Diclofenac erstmalig verschrieben wurde. So erhielten 2014 von den über 10 Millionen untersuchten Personen 30 Prozent weniger erstmalig Diclofenac als im Jahr 2011. Allerdings hatten im Jahr 2014 trotzdem 12 Prozent der Personen mit Diclofenac-Verordnung eine kardiovaskuläre Kontraindikation – genauso viele wie 2011. „Der Rückgang der Diclofenac-Verordnungen scheint also ein allgemeiner Trend gewesen zu sein und hat sich auf die Risikogruppen nicht im Speziellen ausgewirkt. Die neuen Kontraindikationen spiegeln sich im Verschreibungsverhalten nicht wirklich wider“, sagt Studientautor Oliver Scholle vom BIPS.

„Wir planen weitere Analysen mit noch aktuelleren Daten, aber wir gehen nicht davon aus, dass sich ohne weitere Maßnahmen etwas am Verschreibungsverhalten geändert hat. Man muss davon ausgehen, dass es aufgrund dieser Verordnungen zu Herzinfarkten und Schlaganfällen kam, die vermeidbar gewesen wären, denn es gibt sicherere Alternativen zu Diclofenac“, ergänzt Prof. Dr. Ulrike Haug, Letztautorin der Studie und Leiterin der Abteilung Klinische Epidemiologie am BIPS. Sie fügt an: „Mehr Aufklärung in Arztpraxen zu den Risiken von Diclofenac – auch bei kurzzeitiger Einnahme und niedrigerer Dosis – erscheint dringend notwendig, ebenso wie Studien, die untersuchen, wie das Ordnungsverhalten in Risikogruppen nachhaltig beeinflusst werden kann.“

Originalveröffentlichung: Scholle O, Kollhorst B, Haug U. **Are prescribers not aware of cardiovascular contraindications for diclofenac? A claims data analysis.** Journal of Internal Medicine. 2019; (Epub 2019 Nov 11th). <https://doi.org/10.1111/joim.12990>

Das BIPS - Gesundheitsforschung im Dienste des Menschen

Die Bevölkerung steht im Zentrum unserer Forschung. Als epidemiologisches Forschungsinstitut sehen wir unsere Aufgabe darin, Ursachen für Gesundheitsstörungen zu erkennen und neue Konzepte zur Vorbeugung von Krankheiten zu entwickeln. Unsere Forschung liefert Grundlagen für gesellschaftliche Entscheidungen. Sie klärt die Bevölkerung über Gesundheitsrisiken auf und trägt zu einer gesunden Lebensumwelt bei.

Das BIPS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, zu der 95 selbstständige Forschungseinrichtungen gehören. Die Ausrichtung der Leibniz-Institute reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen rund 19.100 Personen, darunter 9.900 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Gesamtetat der Institute liegt bei mehr als 1,9 Milliarden Euro.